



Presse- mitteilung

PRESESPRECHER

HAUSANSCHRIFT Friedrich-Ebert-Allee 38
53113 Bonn

TEL +49 (0) 228 619 - 0
FAX +49 (0) 228 619 - 1870
INTERNET www.bundesversicherungsamt.de
E-MAIL poststelle@bva.de

DATUM 02.10.2008

SEITEN 1 von 2

NUMMER

SPERRFRIST keine

Nach § 241 SGB V legt die Bundesregierung nach Auswertung der Ergebnisse eines Schätzerkreises beim Bundesversicherungsamt (BVA) erstmals zum 1. November 2008 einen allgemeinen Beitragssatz für die Gesetzliche Krankenversicherung fest, der ab dem 1. Januar 2009 gilt.

Zur Vorbereitung dieser Entscheidung der Bundesregierung hat der Schätzerkreis beim BVA in der Zeit vom 29. September 2008 bis 2. Oktober 2008 in Bonn getagt.

Dem Schätzerkreis gehören Fachleute des für die Gesetzliche Krankenversicherung fachlich federführenden Bundesministeriums für Gesundheit, des für die Durchführung und Steuerung des Gesundheitsfonds zuständigen BVA sowie des Spitzenverbandes Bund der Krankenkassen an.

Der Schätzerkreis hat auf der Basis der amtlichen Statistiken die Einnahmen- und Ausgabenentwicklung der Gesetzlichen Krankenversicherung des laufenden Jahres bewertet und auf dieser Grundlage eine Prognose über den erforderlichen Beitragssatz für das Jahr 2009 getroffen. Hierzu waren am 29. September 2008 Fachleute der Deutschen Bundesbank sowie Wissenschaftler verschiedener Institute und Finanzexperten unterschiedlicher Krankenkassen angehört worden.

Ein einvernehmliches Schätzergebnis ist für das Jahr 2009 nicht zustande gekommen:

Nach der vom Bundesversicherungsamt und vom Bundesministerium für Gesundheit vertretenen Prognose ist für das kommende Jahr ein paritätisch finanzierter Beitragssatz von 14,6 Prozent zuzüglich der von den Mitgliedern allein zu tragende Anteil von 0,9 Beitragssatz-Punkten (= insgesamt 15,5 Prozent) notwendig, um die gesetzlich vorgesehene vollständige Ausgabendeckung im Jahr 2009 zu gewährleisten.

Der Anstieg des Beitragssatzes geht nicht auf den Gesundheitsfonds zurück. Vor allem höhere ärztliche Honorare im ambulanten Bereich, mehr Mittel für Krankenhäuser und zu erwartende höhere Arzneimittelausgaben lassen den Beitragssatz ansteigen.

Den Mehrausgaben steht ein um 1,5 Mrd. € erhöhter Bundeszuschuss sowie ein prognostizierter Anstieg der beitragspflichtigen Einnahmen der Gesetzlichen Krankenversicherung gegenüber. Insgesamt stehen der GKV damit im Jahr 2009 mehr als 10 Mrd. € an Finanzmitteln zur Verfügung als im laufenden Jahr.



DATUM 02.10.2008

SEITEN 2 von 2

NUMMER

SPERRFRIST keine

Der GKV-Spitzenverband kommt dagegen auf einen um ein Viertel-Prozent-Punkte höheren Beitragssatz zur Deckung aller Ausgaben. Folglich wird ein allgemeiner Beitragssatz von 15,8 Prozent für notwendig gehalten. Der GKV-Spitzenverband geht insbesondere von höheren Ausgaberrisiken in den Bereichen Krankenhaus und ärztliche Vergütung aus.

Insoweit wurde das Ergebnis der Anhörung vom 29. September 2008 unterschiedlich bewertet. Einvernehmen bestand bei Beurteilung der Einnahmenentwicklung. Auch die Einschätzung der Finanzentwicklung 2008 war einvernehmlich.

Das Bundeskabinett wird sich voraussichtlich am 7. Oktober 2008 mit dem Bericht des Schätzerkreises befassen.